

“liberalism” really is still a useful “category of political analysis”.

Useful or not, however, it is now clearly inescapable and Bell offers two highly persuasive criticisms of much of the literature on liberalism, and the ways it has been cast as the intellectual hand- maiden of empire. The first focuses on what he calls “The Tyranny of Canon”. The link which a number of contemporary historians have established between liberalism as a political philosophy and the ideologies and practices of modern imperialism, has been made possible only by narrowing the definition of liberalism to the beliefs supposedly held by a very small number of thinkers (most prominently Locke, Rousseau, Mill, Henry Maine), and often to an even smaller sample of their works. But this canon has been largely constructed – and constructed in the twentieth century - to prove the claim that modern imperialism, and above all the idea of the “civilizing mission” in all its various variations, was in effect the ideological offspring of the liberal imagination. In doing so, it ignores the fact that the vast majority – if not all - self-professed “liberals” were highly ambiguous about empire. Many who have been excluded from the canon -most notably Auguste Comte and his innumerable followers – were wholly opposed to it. (The history of liberalism’s complicity with empire in France, Germany, Spain or Italy looks, of course, very different.)

Bell’s second criticism is that the very notion of a “liberal imperialism”, “implies commonalities and coherence, where the political thought of the nineteenth century was marked by dissonance and diversity”. At the very least, “liberalism” is, and has been throughout its entire history

– whether you think that that begins in the seventeenth or in the nineteenth century - in a constant state of re-invention. Liberals such as Mill, although they undoubtedly believed that empire could provide benefits not only to the empire builders but also to their subject peoples at certain moments in history, were also highly critical of it at others.

We may not be able, or willing, to deny the involvement of liberalism with the European conception and pursuit of empire, nor the multiply injustices that, over time, those empires have inflicted on their subjects peoples; but as Bell concludes liberalism “contained resources to both justify empire (of various kinds) and to launch stinging criticisms of it”. To fail “to creatively engage with liberalism, joining the conflict between its tessellated factions”, in particular now that liberalism, however understood, “virtually monopolizes political theory and practice in Angloworld [sic]” – and not only there - amounts to an abrogation of an intellectual duty.

Michael Ignatieff / Stefan Roch:
Academic Freedom. The Global
Challenge, Budapest: CEU Press 2018,
161 S.

Rezensiert von
 Pirmin Stekeler-Weithofer, Leipzig

Zum Auftakt des Buches, das die Vorträge einer Tagung zum Thema an der Central European University wiedergibt, betont der Rektor der CEU, Michael Ignatieff,

dass eine starke Demokratie Institutionen braucht, die ausreichend unabhängig sind um Mehrheitsentscheide auszubalancieren und Minderheiten in ihren Meinungen und Rechten zu schützen (S. 8). Das sind neben den staatspolitischen Institutionen im engeren Sinne wie Parlamenten und Parteien, Militär und Polizei auch solche des Rechts- und des Bildungswesens, die Medien, heute auch NGOs aber auch Gewerkschaften, Kirchen oder ökonomische Organisationen. Deren relative Autonomie macht, wie man terminologisch hinzufügen sollte, das Republikanische einer wahren Demokratie in ihrer meritokratisch und hierarchisch organisierten Gewaltenteilung aus. Personale Repräsentanten haben dabei Entscheidungsbefugnisse, die anzuerkennen sind. Das demokratische Element bleibt auf die Wahl des Personals, verfassungsmäßige Abstimmungen und freie Rede und Kritik begrenzt. Populistische Tendenzen ‚demokratischer‘ Gleichschaltung republikanischer Institutionen gefährden dagegen gerade ‚im Namen‘ einer Mehrheit des Volkes (oder dann auch der Studierenden, der Arbeiter, der zukünftigen Generationen oder der ganzen Welt) die Teilung von Einfluss, Macht und Verantwortung in ihren zeitlichen und institutionellen Begrenzungen. Daher ist ein bloß formaler Umgang mit guten Wörtern wie „Demokratie“, „Autonomie“ und „Freiheit“ häufig selbst schon das Problem, gerade im üblichen intuitiven Kontrast zu „Staat“, früher auch „Establishment“ und „Hierarchie“. Die Feinde einer liberalen, pluralen und demokratischen Republik berufen sich am Ende auf denselben ‚demokratischen Mehrheitswillen‘ wie die naiven Verteidiger einer

Demokratie als Herrschaft des Volkes über sich selbst.

Für Joan Wallach Scott aus Princeton, der zweiten wichtigen Teilnehmerin am Diskurs, kann es dementsprechend eine „illiberale Demokratie“ gar nicht geben. Der Ausdruck sei ein Oxymoron (S. 20). Sie orientiert sich eben damit an der formalen Intuition, nach der nur ‚gute‘ politische Verfassungen „demokratisch“ heißen dürfen. Sie meint in ihrem Beitrag außerdem, dass private Universitäten die akademische Freiheit und ein ‚critical thinking‘ besser sicherstellen könnten als staatliche (S. 22), und zwar aufgrund ihrer größeren institutionellen Autonomie. Liviu Matei, Vizerektor und Provost (Kanzler) der CEU, unterscheidet diese (auf S. 30f) von der Freiheit akademischer Forschung, Lehre und Meinungsäußerung und weist mit Recht darauf hin, dass am Ende alle Universitäten den Staat als Rahmen brauchen. Trotz der Hinweise auf Immanuel Kant (S. 20), Wilhelm von Humboldt (S. 12) blendet Scott dagegen partiell unter Berufung auf John Dewey (S. 16) aus, dass das Bildungswesen in Frankreich und dann auch in Deutschland nur durch staatliche Organisationshilfe aus der Abhängigkeit von Kirchen und religiösen Glaubensgemeinschaften gelöst wurde. Erst viel später geschah das auch in anglophonen Ländern. Für die Gegenwart scheinen Matei in Singapur (S. 35) und Myanmar (S. 31) und C. R. Stimpson (New York University und Abu Dhabi) in der Entwicklung des Bildungswesens der arabischen Halbinsel (S. 65, 74) interessante Parallelen wahrzunehmen.

Es ist daher nicht der Staat als Staat und nicht einmal die Regierung als Regierung welche, wie in der NS-Zeit oder heute in

der Türkei Erdogans (S. 55 ff), die akademische Freiheit durch politisch motivierte Säuberungen gefährden oder wie in China alle langfristigen Entwicklungen der akademischen Forschung und Lehre politischen Vorgaben unterordnen (S. 33). Auch Bücherverbrennungen und Druckverbote (S. 45) gehen zum Beispiel in Indien und Pakistan, wie Nirmala Rao (Asian University for Women, Chittagong, Bangladesh) ausführt, eher auf gesellschaftliche Mächte und selbsterklärte Verletzungen religiöser Gefühle einer Mehrheit zurück als auf politische bzw. staatliche Institutionen an sich.

Die ‚innere‘ Gefährdung der akademischen Freiheit durch eine politische Korrektheit von Mehrheitsgefühlen bei Studierenden und Lehrenden steht dann im Mittelpunkt der Beiträge und Stellungnahmen eines zweiten Teils (ab S. 77). Er beginnt mit einem Beitrag von J. R. Cole (vormaliger Provost an der Columbia University), der an die Geschichte selbstorganisierter Meinungsrepression an US-amerikanischen Universitäten nach 1917 (gegen Kritiker des Kriegseintritts der USA) und nach 1945 (gegen wirkliche und vermeintliche Kommunisten) erinnert. Der Logiker John Etchemendy, langjähriger Provost der Stanford University spricht von intellektuellen Monokulturen (S. 84) und meint eine ‚linke‘ political correctness. Die Politikwissenschaftlerin Allison Stanger (S. 85ff.) beklagt die körperlichen Angriffe auf sie im Zuge eines studentischen Protests in Middlebury. Diese sind natürlich absolut zu verurteilen. Das Recht, dass auch Leute im akademischen Rahmen reden dürfen, welche problematische Thesen vertreten, gehört zusammen mit der Pflicht erst einmal zu-

zuhören sicher zum Kern dessen, was unter den Titel „akademische Freiheit“ fällt. Das gilt auch dann, wenn Charles Murray, den Studierende Stangers eingeladen hatten, selbst akademisch nicht allzu vorsichtig vorgeht und die statistische Evidenz für eine ‚Erblichkeit‘ von Intelligenz relativ unmittelbar politisch deutet, indem er entsprechende Emanzipationsprogramme infrage stellt. Dennoch ist es schon ein wesentlicher Schritt zu weit in die Richtung bloßer Betroffenheitsrhetorik, im Internet zu schreiben „shutting down speech is an invitation to violence“ (im Buch liest sich das schon schwächer) und jede Kritik an der Einladung Murrays gleichzusetzen mit der Unterstützung von Gewalt. Der Lärm der studentischen Zuhörerschaft ist eben manchmal nur werbewirksamer Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit. Das war auch im Fall der politischen Aktivisten als Sprecher für Menschen mit Behinderungen so, welche zusammen mit kirchlichen Gruppen den utilitaristischen Philosophen Peter Singer 2015, mit seinen Thesen zur Euthanasie und seinem Vergleich von ‚Bewusstsein‘ und ‚Lebensrecht‘ von Menschenaffen und Säuglingen bzw. Kindern mit (geistigen) ‚Behinderungen‘, in Deutschland nicht zu Wort kommen lassen wollten.

Akademische Freiheit besteht zwar gerade in den Geistes- und Sozialwissenschaften in der Tat darin, öffentliche oder private, politische oder religiöse Meinungen von Mehrheiten oder Minderheiten in einer Art geschütztem Diskurs inhaltlich auf den Prüfstand zu stellen und ggf. als Vorurteile zu brandmarken. Im Buch wird dazu auf den interessanten Fall des Wissenschaftsphilosophen Jehuda Elkana angespielt, der als früherer Rektor der CEU

das Selbstbild der gender studies infrage stellte und entsprechend umstritten war (S.19). Redefreiheit ist also kein zusätzliches akademisches Privileg, sondern systemische Voraussetzung gerade für die Geistes-, Staats- und Gesellschaftswissenschaften weit fundamentaler als für die eher technischen Natur- und Formalwissenschaften der Mathematik und Physik bis zu den Ingenieurwissenschaften und der Medizin. Aber die Universitäten leben dabei nicht in einem politikfreien Raum. Das zeigen im Grunde alle Beiträge dieses kleinen Bändchens – und erst recht ihr hochschulpolitischer Hintergrund, die Vertreibung der CEU von Budapest nach Wien.

Max Webers Frage wie (politisch) ‚wertfrei‘ gerade das Wissen der Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften sein kann und wie mit der freien, gerade auch politischen, Meinungsäußerung an Universitäten umzugehen ist, wie zurückhaltend sich also zumindest das Lehrpersonal trotz aller grundsätzlichen Liberalität zu verhalten hat, ist aber ganz offenbar noch nicht endgültig beantwortet. Im Büchlein steht am Ende dazu wenig Neues. Tagung und Sammelband stellen ohnehin eher eine Art letzten Appell an das politische Ungarn dar: Die Central European University wird als liberal, mit offenen Ohren auch für rechtskonservative Positionen, also keineswegs linkspopulistisch ausgerichtet dargestellt. Auf die Meinung anderer Sprecher ungarischer Institutionen (vgl. z. B. S. 133ff.) wird explizit Wert gelegt.

Nach der Lektüre des Buches – gerade auch des Festvortrags von Mario Vargas Llosa und seiner Laudatio auf Sir Karl Poppers Verteidigung einer Offenen Gesellschaft gegen alle ihre vermeintlichen

und wirklichen Feinde (S. 141ff.) – erhält man insgesamt den Eindruck, es werde heute irgendwie weltweit alles schlechter; auch die akademische Freiheit sei nicht mehr das, was sie schon einmal war. Solche Sonntagsreden hörte man früher von der Kanzel in der Kirche, zur Erbauung oder zur Gewissenerforschung, im appellativen Modus klassischer Rhetorik. Ich liebe diese lateinische Tradition geradezu, zumal der Sinn des Wortes „Professor“ als ‚Bekenner‘ über das lateinische „profiteor“ mit dem des Märtyrers (griechisch: „martyr“) zusammenfällt. All das zeigt, dass sich die Welt am Ende langsamer als befürchtet bewegt: Die Form bekennder Predigt ist ja so alt wie die Lehren Quintilians – und häufig auch der Inhalt. Ein schönes Beispiel eines solchen erhobenen Zeigefingers liefert dazu ein lateinlehrerhafter Künstler, der am römischen Limes beim Städtchen Kipfenberg im Altmühltal auf steinernen Stelen vor uns ausbreitet, was seit der Zeit des Gymnasiums an Sprüchen in seinem wie unserem Kopf so rumort – oder später aufgrund von Zeitungslektüre im fortgeführten Halbschlaf zu Cicero, Seneca oder Marc Aurel neu hinzugekommen ist. Noch der Fahnen-Spruch, dass sogar ‚introverts‘ demonstrieren, der in Budapest die CEU unterstützen sollte, wie das Internet dokumentiert, ist am Ende kaum mehr ein Witz: Gerade Autisten demonstrieren heutzutage auf allen Ebenen und machen sich in allen Medien wichtig. Höchst bedauerlich ist nur, dass Budapest mit der Vertreibung der CEU unbedingt beweisen möchte, dass Zentraleuropa geistig weiter im Westen liegt.

Die gesamte Lage wirkt leicht hoffnungslos, weil es am Ende niemand wirklich ernst meint – außer, wenn es um sich

selbst geht. Dem ist wohl bloß mit selbstbezüglicher Ironie beizukommen, zumal nur eigene Erfahrungen die Konventionen eines Ondit hinter sich lassen. So steht in einem Brief des Kultusministers des Freistaats Bayern an mich ebenso lapidar wie kryptisch: „Ich werde Sie nicht berufen“, nämlich an die LMU München. Ähnliches geschah mir in Niedersachsen im Januar 1988 (Osnabrück), später auch in Hessen (Frankfurt a. M.). Die hiesige Intervention

in die ‚Freiheit der Wissenschaft‘, über die ich damit scheinbar selbst lamentiere, besteht freilich nach einem nicht nur in diesem Land geradezu klassischen Verfahren darin, dass Kollegen (und manchmal auch Studierende) an den universitären Gremien und damit an der institutionellen Autonomie vorbei von ihren Kontakten zu den staatlichen Stellen Gebrauch machen, in privaten Universitäten dann eben zum Provost oder Rektor.